TRAKTANDUM 5

Reglement über das unbeschränkte Parkieren in Blauen Zonen (Nr. 11.101) Teilrevision

Beilagen

Ausgangslage

Mit der Einführung der verkehrsberuhigenden Massnahmen in den ersten drei Quartieren Gründen, Unterwart und Lutzert-Feldreben-Donnerbaum sollen auch die Empfehlungen aus dem Schlussbericht vom 25.7.2005 zur Aktualisierung des Parkierungskonzepts umgesetzt werden. Dabei werden ebenfalls die Erfahrungen aus der bestehenden Blauen Zone 1 im Gründen-Quartier berücksichtigt.

Bisherige Erfahrungen aus der Blauen Zone 1, Gründen

Folgende Feststellungen können seit der Einführung der ersten Blauen Zone mit Anwohnerparkkarten im Jahr 2002 gemacht werden:

- Die Bewirtschaftung mit Anwohnerbevorzugung gegen Gebühr wird generell akzeptiert.
- 75 % aller Fahrzeuglenker, welche Nachtparkiergebühren (NPG) bezahlen, haben auch eine Anwohnerparkkarte (APK) erworben. Diese beschwerten sich über die zweifache Gebührenerhebung (CHF 40.-- NPG, CHF 10.-- APK).
- Die Parkfelder in der Gartenstrasse bei Mehrfamilienhäusern und dem Schulhaus Gründen sind mehrheitlich besetzt.
- Das Problem für die Lehrerschaft des Schulhauses Gründen besteht nach wie vor. Die Gemeindepolizei ist regelmässig gezwungen Ordnungsbussen auszusprechen, weil anlässlich der Patrouillen festgestellt wird, dass die Fahrzeuge in der Blauen Zone dauerparkiert sind und die Parkscheiben verbotenerweise umgestellt werden.
- Im Teilstück der Gartenstrasse zwischen Schulhaus Gründen und der Birsfelderstrasse sind die Parkfelder häufig leer. Früher haben dort Mitarbeiter der Gewerbebetriebe an der St. Jakobs-Strasse parkiert, diese sind nun teilweise in das Lutzert-Quartier ausgewichen. Somit bleibt eine verkehrsberuhigende Wirkung durch wechselseitiges Parkieren aus.
- In den übrigen Strassen der Blauen Zone 1 sind die Parkfelder im normalen Rahmen besetzt.
- Die weissen Parkfelder mit Parkuhren in der Gründenstrasse vor dem Sekundarschulhaus werden wenig genutzt.
- Handwerker, welche beispielsweise während einem halben Tag Servicearbeiten an einer bestimmten Adresse ausführen, haben häufig Probleme, wenn sie ihr Fahrzeug in der Blauen Zone abstellen müssen. Das Gleiche gilt auch für Besucher, welche länger als eine Stunde bleiben wollen oder müssen.

Daraus können folgende Erkenntnisse abgeleitet werden:

- Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass Anwohner, welche Nachtparkiergebühr bezahlen, die Anwohnerparkkarte kostenlos erhalten.
- Die bisher restriktive Haltung, nämlich dass nur für Fahrzeuge, welche an einer Adresse innerhalb der Zone immatrikuliert sind, eine Anwohnerparkkarte ausgestellt wird, sollte gelockert werden. Mitarbeitende von in der Zone ansässigen Betrieben sollten die Möglichkeit

erhalten, eine Anwohnerparkkarte zu einer höheren Gebühr als die Anwohnenden zu erwerben. Damit wäre die gewünschte Belegung der Parkplätze eher sichergestellt.

- Es sollten weitere Bewilligungsarten wie "Handwerker-Tageskarten" und "Besucher-Tageskarten" eingeführt werden.
- Die weissen Parkfelder mit Parkuhren im Gründen-Quartier werden weiterhin bewirtschaftet. Stellt sich heraus, dass diese gar nicht mehr genutzt werden, könnten die Parkuhren bei Bedarf anderweitig verwendet und die Parkfelder blau markiert werden.

Aufgrund dieser Erkenntnisse wird eine Teilrevision des bestehenden Reglements über das unbeschränkte Parkieren in Blauen Zonen vorgenommen. Dabei handelt es sich um minimale Anpassungen welche vor allem den Gebührenrahmen und die Bewilligungsarten betreffen. Entsprechend wird auch die Verordnung angepasst.

Weshalb nur eine Teilrevision

Wünschenswert wäre eigentlich, die beiden Reglemente über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund (Nr.16.201) und das Reglement über das unbeschränkte Parkieren in Blauen Zonen der Gemeinde Muttenz (Nr. 11.101) bereits im März 2008 aufzuheben und gleichzeitig ein neues Parkierungsreglement zu erlassen.

Dies bedeutet einen erheblichen Zeitaufwand, einerseits für die Erarbeitung, andererseits aber auch im politischen Prozess. Reglemente, welche unter zeitlichem Druck entstehen, beinhalten häufig Fehler, die im Nachhinein nur schwer zu korrigieren sind. Deshalb wird eine Totalrevision frühestens im März 2009 der Gemeindeversammlung vorgelegt werden können.

Trotzdem sind zum jetzigen Zeitpunkt Änderungen im geltenden Reglement notwendig. Falls diese nicht vorgenommen werden, bleiben die für die Einwohnenden nachteiligen Regelungen wie die zweifache Gebührenerhebung (Nachtparking und Anwohnerparkkarte) bestehen. Auch zusätzliche Bewilligungsarten wären möglich, jedoch ohne eine klare Anwohnerbevorzugung.

Verwaltungsaufwand

Nicht zuletzt massgeblich bei der Einführung der verkehrsberuhigenden Massnahmen ist deren Überwachung resp. Durchsetzung. Die Einführung wird den Personalaufwand im Rahmen der normalen Verwaltungstätigkeit erhöhen, sich dann aber mit der Zeit wieder ausgleichen.

Änderungsbedarf im Reglement

Die vorliegenden Änderungsvorschläge wurden von der Verwaltung verfasst. Die zuständige kantonale Instanz hat eine rechtliche Vorprüfung durchgeführt und die vorbehaltlose Genehmigung im ordentlichen Verfahren in Aussicht gestellt. Nachfolgend werden die wichtigsten Punkte erläutert. An dieser Stelle nicht erwähnte Änderungen sind lediglich redaktioneller Art.

Generell

Das in der Regel versetzte Anordnen von Parkfeldern innerhalb der geplanten Tempo-30-Zonen hat den Zweck, vor allem den motorisierten Verkehr zu verlangsamen. Dies gelingt nur, wenn die Parkfelder auch besetzt werden. Allerdings sollen dies nicht mehr die auswärtigen Pendler sein, welche die Gemeindestrassen als kostenlosen Park-and-Ride benutzen.

Die Absicht ist, mit einer differenzierten Ausgestaltung der Bewilligungsarten und der Gebühren primär die Anwohner und die ortsansässigen Handels- und Gewerbetreibenden zu bevorzugen. Des Weiteren sollen Personen, welche bei einem ortsansässigen Arbeitgeber angestellt sind, zu einem moderaten Preis eine Parkkarte erwerben können. Allerdings sollen die Gebühren für

diese Interessengruppe so ausgestaltet werden, dass die Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels die attraktivere Variante darstellt.

Die Bewilligungen sollten generell nicht zonenweise ausgestellt werden, sondern alle bewirtschafteten Gebiete als eine Zone gelten. Damit werden Bewilligungsnehmer, welche lediglich durch eine Strasse von dem nächsten Quartier getrennt sind, nicht benachteiligt, wenn an ihrer Adresse oder in unmittelbarer Nähe kein freier Parkplatz vorhanden ist. Die abgestellten Fahrzeuge verteilen sich damit besser und die verkehrsberuhigende Wirkung der versetzt markierten Parkfelder ist eher sichergestellt. Grundsätzlich wird damit auch sichergestellt, dass bei allen Bewilligungsarten, sowohl Privatpersonen als auch Geschäftsbetriebe, welche in Muttenz wohnhaft resp. ansässig sind, bevorzugt behandelt werden können. Diese generelle Regelung kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht ins Reglement aufgenommen werden, ist aber bei der Revision der Verordnung zu berücksichtigen. Zudem ist sie in alle folgenden Überlegungen einzubeziehen.

§ 7 Andere gleichermassen Betroffene

Der Begriff "Andere gleichermassen Betroffene" ist bisher nur in der Verordnung definiert worden. Als solide Grundlage für ein weiteres Vorgehen, welches auch Transparenz erfordert, sind präzisere Bestimmungen im Reglement notwendig, ohne damit die Handlungsfreiheit des Gemeinderats einzuschränken. § 7 ist aufgrund der folgenden Erwägungen zu ergänzen:

- Personen, welche in Muttenz arbeiten, aber nicht in Muttenz wohnen, müssen die Möglichkeit erhalten, ihr Fahrzeug für einen akzeptablen Betrag in Muttenz abzustellen. Somit wäre auch das Problem für den betreffenden Teil der Lehrerschaft im Schulhaus Gründen gelöst.
- Es ist notwendig, eine Bewilligung für Handwerker zu schaffen, mit welcher die entsprechenden Betriebe die Möglichkeit haben, ihr Fahrzeug für ihre Tätigkeit auch einen ganzen Tag abzustellen. Die genauere Umschreibung ist, gestützt auf den neuen Absatz 2 des § 7 in der Verordnung dahingehend zu regeln, dass entschieden werden muss, ob Bauarbeiter von auswärtigen Betrieben, die in der Regel für mehrere Monate an einem Ort tätig sind, als Handwerker gelten oder als Arbeitnehmer.
- Eine Besucherbewilligung, welche sich aufgrund der vorstehenden Erwägungen nur auf Auswärtige bezieht, ist ebenfalls zu schaffen. Es kann sich dabei z.B. auch um Personen handeln, die für kurze Zeit einen Angehörigen bei Krankheit pflegen und im Haushalt unterstützen, was letztlich wieder dem Gesundheitswesen zu Gute kommt.

§ 9 Zeitlich

Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass Anwohnende, welche Nachtparkiergebühren bezahlen, die Anwohner-Parkkarte kostenlos erhalten, da beim Einbezug weiterer Quartiere in das Parkierungskonzept der entsprechende Widerstand wachsen wird was wiederum den Umsetzungsprozess effektiv gefährden kann. Zudem würde dies die Akzeptanz für das Vorhaben allgemein erhöhen. Die finanziellen Einbussen dürften durch die zusätzlichen Bewilligungsarten aufgehoben werden. Die entsprechende Ergänzung des § 9 erfolgt mit einem neuen Absatz 1^{bis}.

§ 11 Gültigkeitsdauer

Aufgrund der bisherigen Erwägungen ist die Minimaldauer einer Bewilligung von einem Monat unrealistisch und muss ersatzlos gestrichen werden.

§ 17 Gebühren

Bisher waren die Gebühren mit CHF 10.-- bis CHF 20.-- festgelegt. Dabei wurde vermutlich nicht berücksichtigt, dass weitere Bewilligungsarten mit höheren Gebühren für die Zukunft mög-

lich oder notwendig wären. Um eine primäre Anwohnerbevorzugung im Sinne von § 6 des Reglements zu gewährleisten, ist hier ebenfalls eine Präzisierung notwendig. Da der Gemeinderat die effektiven Gebühren in der Verordnung bestimmt, soll eine reglementarische Festlegung der Gebührenobergrenze für die einzelnen Bewilligungsarten das notwendige Vertrauen schaffen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Teilrevision des Reglements über das unbeschränkte Parkieren in Blauen Zonen (Nr. 11.101) vom 20. Juni 2000 zu beschliessen.